

Nationaler Bildungsbericht



Durch die regelmäßige Berichterstattung ermöglicht der nationale Bildungsbericht, kontinuierlich Entwicklungen aufzuzeigen. Für die Bildungspolitik von Bund und Ländern ist er damit ein wichtiges Instrument, um Prozesse im Bildungswesen zu beobachten und Handlungsbedarf aufzuzeigen. Die generelle Feststellung, dass der Bildungsstand der Bevölkerung stetig ansteigt, dokumentiert sich in allen Bildungsbereichen durch eine Vielzahl positiver Entwicklungen:

- Immer mehr Kinder unter 3 Jahren können von einem Betreuungsangebot profitieren: Die Bildungsbeteiligung der unter 3-jährigen stieg 2009 in den alten Ländern auf rund 15 Prozent und in den neuen Ländern auf 45 Prozent. Die Bildungsbeteiligung der 4- und 5-jährigen liegt inzwischen bundesweit bei über 95 Prozent.
- Immer mehr Schülerinnen und Schüler erhalten und nutzen Ganztags-schulangebote: Ihre Anzahl hat sich verdoppelt – auf 24 Prozent in 2008. Mittlerweile arbeitet fast jede zweite Schule des Primar- und Sekundarbereichs im Ganztagsbetrieb.
- Immer weniger Schülerinnen und Schüler gehen ohne Abschluss von der Schule: Im Jahr 2008 waren es 7,5 Prozent im Vergleich zu 8,5 Prozent in 2004.
- Immer mehr Schülerinnen und Schüler gehen auf das Gymnasium: 32 Prozent haben im Jahr 2008 mit der allgemeinen Hochschulreife abgeschlossen im Vergleich zu 28 Prozent in 2004.

Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen finden einen Ausbildungsplatz: Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Das Übergangssystem ist erstmals seit 2000 deutlich rückläufig.

Immer mehr Schulabsolventinnen und Schulabsolventen beginnen ein Studium: Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist mit 43 Prozent (2009) auf einem Höchststand. Dies sind gute Voraussetzungen, damit Deutschland die prognostizierten demografischen Veränderungen bewältigen kann (vgl. Kapitel II).

Der nationale Bildungsbericht stellt nochmals dar, dass der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verbunden ist: Fast jedes dritte Kind unter 18 Jahren wächst in sozialen, finanziellen oder kulturellen Risikolagen auf, die aus geringer Bildung, geringem Einkommen oder Erwerbslosigkeit der Eltern resultieren und die Bildungschancen der Kinder negativ beeinflussen. Besonders häufig sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund hiervon betroffen. Eine besondere politische Herausforderung sehen die Autoren des Berichtes darin, die aufgrund des demografischen Wandels frei werdenden finanziellen Ressourcen, die sich aus dem zu erwartenden Rückgang der Bildungsteilnehmerzahlen ergeben, für notwendige Strukturveränderungen, Modifikationen und Qualitätsverbesserungen im gesamten Bildungswesen zu nutzen.

Foto:

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



im Vermittlungsausschuss wird zur Zeit noch die Gesetzesänderung zu den Hartz-IV-Regelleistungen zwischen Bund und Ländern diskutiert. Besonders drei Bereiche stehen im Fokus:

Die Bundesregierung hat wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert die Hartz-IV-Regelsätze transparent neu berechnet. Zu der ermittelten Erhöhung von 5 Euro gibt es keine Alternative, um das Urteil des Gerichtes zu erfüllen, auch wenn die SPD weitere Erhöhungen erwartet: So würde ein Aufschlag von 30 Euro auf den bisherigen Regelsatz einen finanziellen Mehraufwand von 2,9 Milliarden Euro bedeuten. Hiervon entfielen dann 1,2 Milliarden Euro auf die Kommunen. Und dies bei der jetzigen Höchstbelastung der Städte und Gemeinden, wozu in Nordrhein-Westfalen noch die starke Benachteiligung im ländlichen Raum durch das von Rot-Grün beabsichtigte Gemeindefinanzierungsgesetz hinzukommt!

Im Zuge der Diskussion über das Gesetz zu den Hartz-IV-Regelleistungen wird zudem die Frage einer Mindestlohneinführung im Bereich der Zeitarbeit verhandelt.

Beim Bildungspaket haben sich die Verhandlungspartner in ihrem letzten Gespräch darauf verständigt, die Umsetzung wegen ihrer hohen Kompetenz den Kommunen zu überlassen. So kann bürokratischer Mehraufwand verhindert werden. Städte und Gemeinden sollen den finanziellen Aufwand erstattet bekommen.

Diese und weitere Termine begleiteten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Informationsveranstaltung beim Vd TÜV
- Gespräch mit Abgeordnetenkollegen zur Zukunft der Kornbrennereien nach dem Ende des Brantweinmonopols
- Koordinationsgespräch mit den CDU-Abgeordneten des Münsterlandes zu aktuellen Themen
- Gespräch beim Verband der Bahnindustrie

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters

Ihr

Reinhold Sendker MdB

Minister zu Guttenberg souverän im Verteidigungsausschuss



Zur heutigen Befassung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages mit den aktuellen Fällen bei der Bundeswehr erklärt der Bundestagsabgeordnete für Solingen, Remscheid, Wuppertal II und Mitglied des Verteidigungsausschusses, Jürgen Hardt:

„Nahezu vier Stunden haben Bundesminister zu Guttenberg, der Generalinspekteur der Bundeswehr, der Chef des Einsatzführungskommandos und der Inspekteur der Marine sowie die Staatssekretäre Kossendey und Wolf dem Verteidigungsausschuss zu den drei Problembereichen:

„Unglücksschuss in Afghanistan“, „geöffnete Post in Afghanistan“ und „Vorgänge auf dem Segelschulschiff Gorch Fock“ Rede und Antwort gestanden. Der Bundesminister und die anderen Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums haben weit über das erforderliche Maß hinaus und detailliert Auskunft gegeben. Es war eine überzeugende und souveräne Präsentation einer sachgerechten Lagebeurteilung und konsequenten Handelns.

Im Zusammenhang mit der geöffneten Post und dem Unglücksschuss gibt es für mich keine Anhaltspunkte für Versäumnisse des Ministeriums. Lediglich im Zusammenhang mit dem Unglücksschuss, bei dem ein Soldat von einer Patrone aus der Waffe eines Kameraden getötet wurde, hat es in einer der zahlreichen Unterrichtungen des Ministeriums eine unvollständige und später ergänzte Meldung gegeben. Für dieses Versäumnis hat sich die Spitze des Bundesverteidigungsministeriums entschuldigt und die Verantwortung übernommen. Für mich ist dieses Versäumnis von geringer Relevanz.

Nachvollziehbar ist für mich auch die Entbindung des Kommandanten der „Gorch Fock“ von seiner Aufgabe. Der Minister machte deutlich, dass es sich nicht um eine Vorverurteilung, sondern um eine Maßnahme der Fürsorge und zur Entspannung der Lage handele. Kapitän zur See Schatz werde seine Aufgabe wieder aufnehmen können, wenn die Vorwürfe entkräftet sind.

Als unbedingt erforderlich erachte ich nun eine sorgfältige Analyse des Ausbildungsbetriebes auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“, die der Minister mittels einer Kommission durchführen will. Bereits ab Mitte dieser Woche werden alle Soldaten an Bord zu den Vorgängen auf der zurückliegenden Seereise befragt. Das Segelschulschiff „Gorch Fock“ wird nun über den Südpazifik, durch den Panamakanal und über den Atlantik in seinen Heimathafen Kiel zurückkehren. Diese Route wurde aufgrund von Wetter- und Strömungsprognosen gewählt. Das Schiff wird voraussichtlich nicht vor Ende April in Deutschland zurück erwartet.

Ausbau der Photovoltaik auf gutem Weg

Der Ausbau der Photovoltaik in Deutschland entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch. Auch im Jahr 2010 wurden die Erwartungen deutlich übertroffen. Insgesamt sind in Deutschland derzeit Solarstromanlagen mit einer Leistung von etwa 17.000 Megawatt installiert. Statt der Anfang 2010 prognostizierten maximal 5.000 Megawatt wurden im vergangenen Jahr mehr als 7.000 Megawatt in Betrieb genommen. So sehr wir den Ausbau der Photovoltaik begrüßen, so sehr müssen wir darauf achten, dass die zugrunde liegende Förderung im Interesse der Stromverbraucher kosteneffizient erfolgt und der jeweiligen Marktentwicklung flexibel angepasst wird. Ein schneller und überhitzter Ausbau der Photovoltaik würde die Kosten deutlich erhöhen, die aus der Umlage der EEG-Vergütungen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen. Aufgrund des unerwartet hohen Ausbaus der Photovoltaik soll deshalb die zum 1. Januar 2012 vorgesehene weitere Absenkung der Vergütung bereits teilweise zum 1. Juli 2011 erfolgen. Die Absenkung zum 1. Juli 2011 kann damit je nach Marktentwicklung bei einer Zubauprognose von mehr als 7.500 MW bis zu 15 Prozent betragen. Wegen der längeren Planungszeiten für Freiflächenanlagen soll die Absenkung für diese Anlagen erst zum 1. September 2011 erfolgen. Diese Änderung hat keine Präjudizwirkung für die zum 1. Januar 2012 geplante Novellierung des EEG.

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2011
27. Januar 2011

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

www.cdu-landesgruppe-nrw.de